

# Studierende demonstrieren gegen «Belastungspaket»

Sie wollen eine Erhöhung der Studiengebühren in Basel verhindern – und die Semesterbeiträge gar ganz abschaffen.

## Helena Quarck

Ein Dienstagabend, Mitte Mai. Die Bibliothek der Universität Basel ist erwartungsgemäss voll. Die Prüfungsphase beginnt in zwei Wochen. Trotz der intensiven Lernphase leisten sich mehrere Studierende aber eine Lernpause, um an einer Demonstration teilzunehmen.

## Ein Geschenk für die Bundesrätin

Auf dem Vorplatz der Unibibliothek herrscht bei unerwartet schönem Wetter eine gelassene Stimmung. Eine grosse Gruppe Demonstrierender versammelt

sich gegen 18 Uhr um einen Tisch. Darauf stehen verschiedene Pakete, die mit der Aufschrift «Belastungspaket» gekennzeichnet wurden. Eine Anspielung auf das vom Bund beschlossene Entlastungspaket 2027. «Die Pakete werden nachher der Bundesrätin Karin Keller-Sutter geschickt», vermutet eine Studentin.

Die Demonstration mobilisierte hauptsächlich damit, der Universität ein klares Zeichen gegen eine Erhöhung der Studiengebühren zu setzen. Künftig werden der Universität Basel nämlich vier bis fünf Millionen Franken an Bundesgeldern feh-

len. Im Rahmen des Entlastungspakets 2027, mit dem Regierung und Parlament den Bundeshaushalt stabilisieren möchten, müssen die kantonalen Universitäten in der Schweiz jährlich rund 260 Millionen Franken sparen. Die vom Bund eingesetzte Expertengruppe empfahl dabei auch höhere Studiengebühren, um die Finanzierungsprobleme der Universitäten abzufedern.

Die Erhöhung der Studiengebühren ist allerdings «nur» eine Empfehlung der Expertengruppe. Die Universitäten dürfen letztlich selber bestimmen, wie sie die durch die Sparmass-

nahmen entstehenden Lücken stopfen wollen.

## Erhöhung der Gebühren steht nicht zur Debatte

Die Universität Basel scheint andere Pläne zu haben: Bereits im September 2025 sagte Uni-Sprecher Matthias Geering gegenüber der bz, eine Studierhöhung komme für die Universität Basel zurzeit nicht infrage.

Eine Erhöhung würde die Hochschulen im Wettbewerb um Studierende benachteiligen und vielen die Finanzierung ihres Studiums zusätzlich erschweren, warnte er. Die Uni-

versität Basel halte an dieser Meinung fest, bestätigt Geering nun gegenüber der bz.

Gegenüber dem Onlinemedium Bajour äusserte sich Geering Anfang Woche ähnlich. Darauf reagierte das Organisationskomitee «Bildung brennt» auf seinem Instagramkanal: «Wenn das tatsächlich so umgesetzt wird, wäre es ein voller Erfolg für uns!»

Das übergeordnete Ziel des Komitees ist aber trotz Etappensieg nicht erreicht. Es schreibt weiter: «Unser Ziel ist die Abschaffung der Studiengebühren: Gratis-Bildung für alle!» Zudem thematisiert «Bildung

brennt» die Umverteilung der vom Bund gesparten Gelder. Es dürfe nicht sein, dass Gelder von Bildung und Service Public in das Militär flössen, hiess es.

## Kantone sollen nun Lücken füllen

Das Komitee richtet seinen Blick nun auf die kantonale Politik. «Wir fordern, dass die Trägerkantone die politische Entscheidung treffen, die Sozialkürzungen des Bundes nicht umzusetzen oder mindestens zu kompensieren», sagte Elena, Mediensprecherin von «Bildung brennt», gestern Abend gegenüber der bz.